Nr. 13/2009

Zeitung

der Sozialen Liste Bochum

Im Bochumer-Norden:

Schwimmen und Baden unmöglich

Seit der Schließung und dem Abbruch des Nordbades gibt es im Nordosten von Bochum kein Schwimmbad mehr.



Helgard Althoff

Teure und aufwendige Fahrten nach Herne oder Werne sind dafür nötig wenn Mensch schwimmen gehen will. Vor allem Senioren und Kinder sind die Leidtragen dieser Entwicklung.

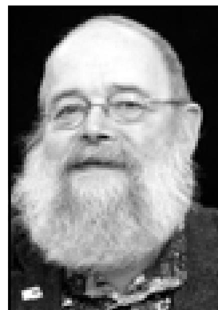
Verschärft wird dieser Zustand jetzt auch noch durch fehlende städtische Lehrschwimmbecken für den Schulunterricht und das Sportschwimmen. Weder in Hiltrop, noch in Bergen oder Gerthe gibt es ein derartiges Bekken. Lediglich Harpen verfügt über ein Lehrschwimmbecken. Was bleibt ist, dass Schulschwimmen zum Luxus wird und oftmals die Zeiten für Fahrten und Umkleiden fast genauso lang sind wie die Schwimmzeiten. Die Verwaltung der Stadt Bochum spricht selbst von einer „Unterversorgung" und schreibt, dass der gesamtstädtische Bedarf der Vereine leider nicht vollständig gedeckt werden kann. „Diese Entwicklung muss umgekehrt werden, dafür will ich mich besonders einsetzen", sagt Helgard Althoff.

(Direktkandidatin der Sozialen Liste in Gerthe/ Rosenberg für den Bochumer Stadtrat)

Dahlhausen:

Bahnhof in öffentliche Hand

Eine Unterschriftenaktion hat jetzt der „Regenbogen" (Internationaler Kulturverein Dahlhausen) gestartet. Von den politischen Entscheidungsträgern wird gefordert, den Bahnhof Dahlhausen in öffentliche Trägerschaft zu überführen.



Jürgen Schade

Damit soll das Trauerspiel um einen Investor beendet werden, der „mit viel öffentlichem Geld" den Bahnhof heruntergewirtschaftet hat und jetzt nach Insolvenz „verschwunden" ist.

Das denkmalgeschützte Gebäude, darf nicht wieder zum „Spielball dubioser, privater Finanzinteressen" werden, so der Verein. Stattdessen soll das schöne Gebäude als Bürgerbüro der Stadt Bochum, Erziehungsberatungsstelle des Jugendamtes, Service-Station für Radfahrer, Wanderer und Hobbysportler genutzt werden. Auch die Gaststätte soll in die Nutzung einbezogen werden. Die einzigartige historische Halle soll als Veranstaltungsort genutzt und das Eisenbahnmuseum in die Aktivitäten einbezogen werden.

„Diese Initiative des 'Regenbogen' unterstütze ich vorbehaltlos", so der Bezirksvertreter der Sozialen Liste, Jürgen Schade. „Darüber hinaus setze ich mich natürlich auch in der Bezirksvertretung aktiv für dieses Anliegen ein".

(Direktkandidat der Sozialen Liste in Dahlhausen für den Bochumer Stadtrat)

Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum:

Innerhalb von fünf Jahren sollen 500.000.000 Euro eingespart werden

Die Stadt Bochum muss jährlich 100 Mio. Euro einsparen. Sie wurde von der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidenten von Arnsberg, dazu verdonnert ein Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2009 bis 2015 zu erstellen. Zwölf Tage vor der Kommunalwahl, am 17. August findet deshalb eine Sondersitzung des Rates statt (18.00 Uhr, Großer Ratsaal).

Die Oberbürgermeisterin und der Verwaltungsvorstand haben für die Einsparungen „Richtwerte" für die einzelnen Dezernate aufgestellt, die Stadtkämmerer Dr. Busch (Grüne) kürzlich vorstellte:

Bei der Stadt sollen danach jährlich eingespart werden:

- 17,4 Mio. Euro im Bereich Schule und Kultur
- 16,3 Mio. Euro im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit
- 15,2 Mio. Euro im Bereich Umwelt, Bauen, Planen
- 7,0 Mio. Euro beim Personal (durch Personalabbau) und in den Bereichen Verwaltungsorganisation und Sport
- 5,0 Mio. Euro im Bereich Wirtschaft und Liegenschaften (u. a. durch Verkauf von Grund und Boden und weitere Privatisierungsmaßnahmen)
- 4,8 Mio. Euro bei den Bezirken und der Finanzverwaltung
- 3,0 Mio. Euro im Bereich Sicherheit und Ordnung.
- 1,4 Mio. Euro bei den politischen Gremien und repräsentativen Aufgaben

----

70,1 Mio. Euro

- 30 Mio. Euro sollen zusätzlich bei der allg. Finanzverwaltung eingespart werden sowie bei den Beteiligungen, vor allem den Töchtern Stadtwerke und Sparkasse, abgezogen werden.

Wahlkampfaktivitäten der Soziale Liste:

„Sündenregister der Stadt Bochum" in Arbeit

Auf ihrer letzten Versammlung hat die Soziale Liste Bochum ihre Planung für die Kommunalwahl beschlossen. Es soll eine Aktion „Sündenregister der Stadt Bochum" gestartet und eine Sparliste über verzichtbare Prestigeobjekte, unnötige Ausgaben und Verschwendung erstellt werden.

Günter Gleising

Die Soziale Liste Bochum warnt zudem vor einem sozialen Kahlschlag und hält an den Forderungen nach einem Sozialticket, einem gebührenfreien Konto für einkommensschwache BürgerInnen und einem verbesserten Bo-Pass fest.

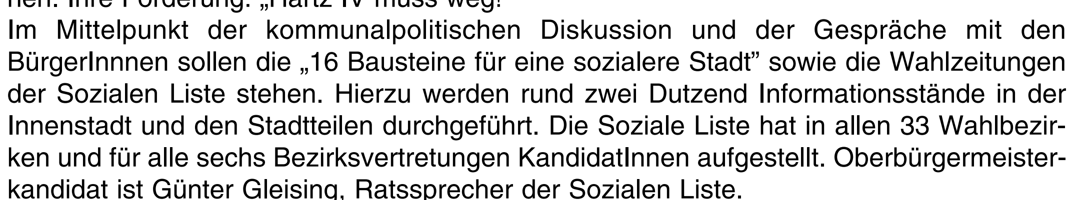
Außerdem will die Soziale Liste ihre Kritik an der Agenda 2010, insbesondere Hartz IV, verstärken und in den Wahlkampf einbeziehen. Ihre Forderung: „Hartz IV muss weg!"

Im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Diskussion und der Gespräche mit den BürgerInnen sollen die „16 Bausteine für eine sozialere Stadt" sowie die Wahlzeitungen der Sozialen Liste stehen. Hierzu werden rund zwei Dutzend Informationsstände in der Innenstadt und den Stadtteilen durchgeführt. Die Soziale Liste hat in allen 33 Wahlbezirken und für alle sechs Bezirksvertretungen KandidatInnen aufgestellt. Oberbürgermeisterkandidat ist Günter Gleising, Ratssprecher der Sozialen Liste.

(Direktkandidat der Sozialen Liste in Höntrop-Süd/Sevinghausen für den Bochumer Stadtrat)

Unsichere Altersicherung:

Trotz Erhöhung sinkende Renten



Da seit 2003 die Renten um 9 % gesunken sind, wirkt sich die diesjährige Rentenerhöhung um 2,41 % so gut wie nicht Einkommen steigernd aus. Zugleich sollen in den kommenden Jahren weitere Nullrunden folgen. Auch die vorgesehene Rente erst mit 67 Jahren wird vor allem bei einem vorzeitigen erzwungenen Renteneintritt zu entsprechenden Abschlägen führen.

Hängepartie dauert an:

Machtkampf um Opel

Während die Bundesregierung, insbesondere Kanzlerin Merkel und die SPD-Minister nicht müde werden so zu tun, als ob Opel kurz vor der Rettung steht, tobt um Opel ein internationaler Machtkampf. Entgegen den Darstellungen der Regierungen ist Opel weder an Magna verkauft, noch gibt es ein Vorkaufsrecht.

Der Konzern Magna hat lediglich ein Angebot unterbreitet, ebenso wie der chinesische Automobilhersteller BAIC. Selbst General Motors ist noch im Geschäft und will sich ein Rückkaufsrecht sichern. Außerdem will sich GM mit einer Minderheitsbeteiligung maßgeblichen Einfluss auf Opel sichern. *Fortsetzung auf Seite 2 rechts*

Kommunalwahl 2009:

Diskussionen, Infostände und Programme

Der Kommunalwahlkampf 2009 hat begonnen, ist aber noch nicht besonders sichtbar im Stadtbild, da erst sechs Wochen vor der Wahl Plakate aufgehängt werden dürfen.

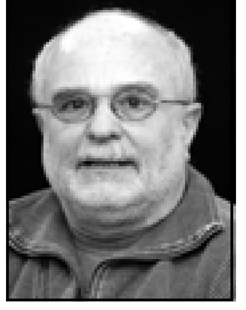
Stattgefunden haben bereits einige Diskussionsveranstaltungen. So hatte der Paritätische Wohlfahrtsverband Ende Mai alle Parteien zu einem Gesprächsabend zum Thema „Bürgerengagement und Selbsthilfe in Bochum" eingeladen. Beim Kinder- und Jugendring wurde über Perspektiven für die Bochumer Kommunalpolitik diskutiert. Unter der kompetenten Leitung von Moderator Stefan Klinkhammer (Radio 98,5) stellten sich die Vertreter der sieben im Rat vertretenen Parteien und Wählergruppen den Jugendlichen zu Fragen zur Jugendpolitik.

Fortsetzung auf Seite 3 Mitte oben

Wattenscheid-Höntrop:

Das Bad ist vom Verfall bedroht

Seit Jahren weist die Soziale Liste auf die Notwendigkeit hin, das Bad und deren Einrichtungen in Wat-Höntrop zu sanieren.



Eberhard Eick

Diese Sanierung ist zwar schon vor drei Jahren von der Bezirksvertretung und dem Sportausschuss beschlossen worden, doch eine Finanzierungszusage gibt es nicht, denn, so die Verwaltung, „Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung". Die Anlage ist insgesamt „sanierungsbedürftig" bestätigte die Verwaltung im Jahr 2006. Seitdem begann ein langsamer Verfall. Der marode Sprungturm musste jetzt geschlossen werden. Die Sauna ist schon seit Jahren dicht. Die Wasserbecken wurden notdürftig betriebsbereit gemacht.

Die Soziale Liste sieht jetzt den Bestand des Bades insgesamt gefährdet. Aufgrund der Haushalts- und Finanzkrise der Stadt Bochum, sowie der Sucht nach neuen Prestigeobjekten einerseits und der Notwendigkeit jährlich 100 Mio. Euro einsparen zu müssen, ist die Finanzierung der Sanierung des Höntroper Bades nicht absehbar. In einem Bericht der Gemeindeprüfanstalt wird die Stadt Bochum bereits aufgefordert „eine Verringerung der Bäderzahl" anzustreben".

In Bochum-Gerte ist vor über zehn Jahren mit dem Nordbad ähnliches passiert. Zunächst wurde nichts mehr repariert, dann setzte der Verrottungsprozess ein. Nach der Schließung (Grund: „Kein Geld zur Sanierung"), wurde das Bad abgerissen. Jetzt sollen dort Einfamilienhäuser gebaut werden. „Das darf mit dem Höntroper Bad nicht passieren", fordert Eberhard Eick, Kandidat der Sozialen Liste für den Rat und die Wattenscheider Bezirksvertretung. Eick: „Die Wattenscheider Kinder, BürgerInnen und SportlerInnen (Schwimmen und Tauchen) brauchen das Bad. Es ist unverzichtbar!"

(Direktkandidat der Sozialen Liste in WAT-Mitte/ Westenfeld für den Bochumer Stadtrat)

Sozialticket:



Mit Aktionen, Demonstrationen und einem BürgerInnenantrag an den Rat der Stadt Bochum setzt sich ein Bündnis verschiedener Initiativen und Gruppen weiterhin für ein Sozialticket ein. Eine Gruppe Bochumer Aktiver, unter ihnen auch Ratsmitglied Günter Gleising (Foto) fuhr auch nach Düsseldorf, um vor dem Landtag mit Initiativen aus anderen Städten für das Sozialticket zu demonstrieren.

Erschreckende Zahlen:

Arbeitslose und Kurzarbeiter in BO:

Im Juni waren offiziell 19.140 Bochumer und Bochumerinnen arbeitslos. Von Kurzarbeit waren 13.757 Menschen in 312 Betrieben betroffen. 1.628 junge BochumerInnen unter 21 Jahren hatten keinen Job. Fast 900 Jugendliche suchen derzeit noch einen Ausbildungsplatz.

Besuchen Sie uns mal:
www.soziale-liste-bochum.de

Geschönte Statistik:

Statt 3,5 Mio. 5,2 Mio. Arbeitslose

In einem Aufsehen erregenden Bericht enthüllte das ARD Magazin Panorama Anfang Juni, wie die offiziellen Arbeitslosenzahlen aufgehübscht werden. Mit Tricks und Rechenkünsten verschwinden schlichtweg 1,7 Millionen Arbeitslose aus der monatlichen Statistik der Bundesagentur für Arbeit. **Beispiel 1:** Wer sich von einem kommerziellen Jobvermittler bei der Arbeitssuche betreuen lässt, fliegt aus der Statistik heraus. **Beispiel 2:** Krankgeschriebene Arbeitslose werden ebenfalls aus der Statistik herausgerechnet. **Beispiel 3:** Wer über 58 Jahre alt ist und lange kein Jobangebot mehr bekommen hat fliegt ebenfalls aus der Statistik. **Beispiel 4:** Viele Arbeitslose erhalten von der Arbeitsagentur eine „arbeitsmarktpolitische Maßnahme". Bei einem Maßnahmeträger erhalten diese Arbeitslosen ein paar persönliche Gespräche, machen ein Bewerbungstraining und bekommen ein Bewerbungsprofil. Aus der Arbeitslosenstatistik sind sie aber raus.
Der Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) verteidigte diese Tricks und verhöhnte die fragenden Fernsehjournalisten. Panorama-O-Ton Scholz: „Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann. Und wer persöhnlich für sich alles anders rechnen möchte, kann dann ja die Zahlen, die er sonst noch hat, dazu rechnen. Und das als seine Zahl veröffentlichen und dazu ein Flugblatt drucken".

Rüstungsexporte:

Deutschland auf Platz drei

Die weltweiten Rüstungsausgaben erreichten 2008 mit 900 Milliarden Euro eine neue Rekordhöhe. Größter Rüstungsexporteur ist mit weitem Abstand nach wie vor die USA. Deutschland hat jetzt den dritten Platz eingenommen. Die Zahl der auf der Welt geführten Kriege gibt das Stockholmer Friedensforschungsinstitut, das diese Angaben machte, mit 17 an.

Vermutungen der Sozialen Liste bestätigt:

Giftige Altlasten in Goldhamme

Im Bereich der Großbaustelle Donezkring/Wattenscheider Straße befinden sich erhebliche Altlasten, die in aufwändigen Verfahren geborgen, von umwelttechnischen Fachgutachtern beurteilt und entsorgt werden müssen. Diese Mitteilung machte jetzt die Stadtverwaltung und beantwortete damit eine Anfrage von Ratsmitglied Günter Gleising von der Sozialen Liste.
Die Verwaltung teilte mit, dass im Rahmen der durchgeführten Untersuchungen bei Boden und Grundwasser zum Teil starke Kontaminationen – vor allem mit Schwermetallen, Arsen, Cyaniden und polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK nach EPA) ermittelt wurden.
Die Altlasten im Bereich der Großbaustelle sind im Einzelnen:

- ehem. Kruppdeponie (Schlackenhalde) mit Sickerwasseraustritten an der A 40
- ehem. Klärteiche am Kabeisemannsbach
- Auffüllungen Darpestraße
- Auffüllungen Kabeisemannsweg.

Bis zu 11 Meter Mächtigkeit sollen die Auffüllungen aus Schlacken, Bauschutt und Erdaushub im Bereich der ehem. Kruppdeponie betragen.
Die Soziale Liste ist überrascht und fassungslos über das große Ausmaß von giftigen Altlasten in diesem Bereich. „Was sich für Konsequenzen aus dieser Mitteilung ergeben lässt sich noch nicht abschätzen", äußert sich Günter Gleising. Da die Verwaltung auch keine konkreten Angaben zum zeitlichen Ablauf des Verfahrens macht und eine Reihe von Fragen unklar bleiben, will die Soziale Liste weiter konkrete Fragen in dieser Sache formulieren und der Verwaltung vorlegen.



Giftige Altlasten auf der Schlackenhalde an der Wattenscheider Straße

Leserbrief

Zum alten Schlosspark Weitmar

Mit großem Entsetzen und Bedauern habe ich den Vorschlag zur Umgestaltung des alten Weitmarer Schlossparks und der Schlossruine wahrgenommen, der wie Sie berichten, sowohl von der SPD als auch von den GRÜNEN im Rat unterstützt wird.
Sicher sind die Ruine und die Sylvesterkapelle seit Jahren renovierungsbedürftig, aber der Bauplan 875 sprengt wirklich alle Grenzen des Vorstellbaren: Warum soll eine wunderschöne natürliche Kulisse in ein totes Denkmal umgewandelt werden? In ein"Schicki-Micki-Projekt" zur Kulturhauptstadt 2010 mit Ausstellungsräumen, Wohnungen für Gastprofessoren und einem Glas-Cafe, das sich die Bochumer Bürger/Besucher des Schlossparks sowieso nicht leisten können?
Was wird aus den Shakespeare-Aufführungen des Bochumer Schauspielhauses, die jeden Sommer in der wunderschönen Naturkulisse, sprich dem Park plus seiner Ruinen mehr und mehr Besucher anziehen? Sollen die Veranstaltungen demnächst in einem Glashaus stattfinden? Gegen Eintritt, also für die Normalbevölkerung in Krisenzeiten nicht mehr bezahlbar?
Seit Jahren wurden die Ruine und die Sylvesterkapelle vernachlässigt, so dass sie mittlerweile total baufällig geworden sind. Jetzt plötzlich sind Gelder da, aber nur zu einem „Prestige-Projekt im Rahmen 2010"? Ich finde es beschämend, dass die SPD und die GRÜNEN im Rat der Stadt dieses Projekt befürworten.
Gerade die Grünen müssten wissen, wie viele Vogelarten und andere Kleintiere mittlerweile in der Ruine ihren Unterschlupf gefunden haben. Gerade die SPD müsste wissen, dass jeden Sommer immer mehr Bochumer Bürger, die sich eine Karte im Schauspielhaus nicht leisten können, die öffentlichen Sommerspiele in einer grandiosen Naturkulisse genießen.



BürgerInnenprotest in Weitmar

Wie schön war es, sich in den Schatten der uralten Bäume im Schlosspark zu setzen, auf die Ruine aus dem 11. Jahrhundert zu schauen, ein wenig zu träumen, wie schön war es, durch die Sylvesterkapelle zu gehen und durch das alte runde Fenster, in dem jetzt Birken wachsen, den Sonnenuntergang zu betrachten. Kitschig? o.k. Aber all das wird kaputt gemacht durch ein Wahnsinnsprojekt, das sicher nicht dem Willen der Bochumer Bürger entspricht.
Vielleicht werden demnächst auch die als Naturdenkmäler gekennzeichneten Bäume, wie die uralte Blutbuche im Park unter Glas gesetzt? Zu besichtigen gegen 1 Euro fuffzig?
Ich finde es bedauerlich, dass gerade die SPD und die GRÜNEN im Rat für ein solches Vorhaben verantwortlich sind.

(Name der Redaktion bekannt.)

Fortsetzung von Seite 1:

Machtkampf um Opel

An dem Machtkampf um Opel beteiligen sich vor allem drei Machtgruppen, die sich die Filetstücke der Opel AG sichern wollen:

1. Der östereichische/kanadische Konzern Magna. Hier stehen die russische Sberbank und die russische Automobilindustrie im Hintergrund.
2. Der chinesische Autohersteller „Beijing Automotive Industry Holding (BAIC), der mit dem Einstieg bei Opel den asiatischen Automarkt „erobern" will.
3. Der amerikanische bisherige Mutterkonzern General Motors, der zur Zeit mit US-amerikanischen Steuergeldern saniert wird. GM will Eigeninteressen, insbesondere in Europa, Russland und Asien wahren und die internationale Konkurrenz begrenzen.

Alle drei Beteiligten sind sich in einem einig: Sie beanspruchen Bürgschaften und Garantien des deutschen Staates in Milliardenhöhe. Außerdem sollen tausende von Arbeitsplätzen abgebaut werden. Echte Garantien z. B. für den Bestand des Bochumer Werkes soll es nicht geben. Und was machen die Bundes- und die drei beteiligten Landesregierungen? Abwarten, auf Zeit spielen und hoffen, dass sich alles bis nach der Bundestagswahl hinzieht.
Demgegenüber fordern immer mehr Menschen, die Hängepartie um OPEL unverzüglich zu beenden. Die abwartende Haltung der politisch Verantwortlichen ist unerträglich. OPEL darf nicht zum Experimentierfeld für neoliberale Politiker und Manager für internationale Banken, Konzerne und Wirtschaftsgruppen werden.
Die Unsicherheit für die OPEL-Beschäftigten muss beendet werden. Die OPEL-Werke brauchen eine Perspektive, um umweltverträgliche, ökonomisch sinnvolle und zukunftsträchtige Produkte herstellen zu können. Unterstützenswert sind auch die Vorschläge der Delegiertenversammlung der IG-Metall Dortmund, jetzt eine breite „Diskussion um die Überführung der Schlüsselindustrien und anderer Markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum zu führen. Die Soziale Liste unterstützt die Forderungen der Dortmunder IG-Metall nach Verkürzung der Arbeitszeit, sowie nach einer anderen Wirtschaftspolitik, die auf Vollbeschäftigung ausgerichtet ist.

Solidarität mit den Opel-Beschäftigten!

Steilmann und BP:

Weiterer Arbeitsplatzabbau

76 Beschäftigte der Textilfirma Steilmann haben zum 30. Juni die Kündigung erhalten. Die Zahl der Steilmann-Mitarbeiter in Wattenscheid wurde auf jetzt noch 130 reduziert. Im Herbst 2010 soll der Umzug von Steilmann zur Konzernzentrale der Mutterfirma Radici nach Bergkamen erfolgen.
Der Mineralöl-Konzern BP/Aral hat die Streichung von weiteren 400 Stellen in der Bochumer Hauptverwaltung an der Wittener Straße angekündigt. Bundesweit hat der Konzern in den letzten Jahren in einer Art Salamitaktik 4100 Arbeitsplätze vernichtet und gleichzeitig jeweils Rekordgewinne um 600 Mio. Euro eingefahren.

Irakisches Öl:

BP bekommt Förderlizenz

Anfang Juni 2009 erhielt der BP zusammen mit einem chinesischen Unternehmen als erster ausländischer Konzern eine Förderlizenz für große Rohölmengen im Irak. Die irakische Erdölindustrie war 30 Jahre lang verstaatlicht, was bei den internationalen Ölkonzernen ein ständiges Missfallen erregte.

Ratsfrau hatte Erfolg:

„Schießen für Kinder" abgesagt


Nuray Boyraz

Es wird keine Schießübungen für Kinder im Rahmen des Bochumer Ferienpasses geben. Jugendamt und Schützenvereine einigten sich jetzt, die beiden Angebote zu stoppen.

Nuray Boyraz, Ratsfrau der Sozialen Liste hatte vehemnt die Forderung, die Ferienpass-Angebote für Kinder ab 10 Jahren für Sport- und Übungsschießen zu stoppen, erhoben.

Das „Sportschießen kennen zu lernen", „Übungsschießen mit der elektronischen Anlage" und „Sportschießen mit dem Luftgewehr" lauteten die Ferienpass-Angebote des „Bürgerschützenvereins Blau-Weiß 05" und „Treue Kameradschaft" Bochum-Laer. „Vor dem Hintergrund des Waffenmissbrauchs und den bekannten Amokläufen aber auch den Vorfällen im Bochumer Raum, wo Kinder mit Soft-Air-Waffen und selbst zusammengestellten ‚Kampfanzügen' in Langendreer/Witten und in Weitmar Kriegsspiele veranstalteten, sind diese Angebote im Ferienpass unverträglich", sagte die Ratsfrau der Sozialen Liste.

Nach einem großen Medienecho und den überwiegend kritischen Reaktion bei den Bochumer Ratsparteien (Ausnahme SPD) sah sich jetzt offensichtlich die Stadt Bochum zum Handeln gezwungen und nahm die Angebote aus dem Ferienpass-Programm. Die Soziale Liste ist über diese Entwicklung sehr erfreut. Schießen für Kinder hat nichts im Ferienpass zu suchen und auch sonst nirgendwo.

(Direktkandidatin der Sozialen Liste in Hamme/ Hordel für den Bochumer Stadtrat)

Kommunalwahl 2009:
SOZIAL wählen ⊗
Soziale Liste Bochum

Müllbetrieb in Riemke:

Dreck, Gestank und Gefahren


Andreas Maluga

Es ist Sommer und in Riemke stinkt es wieder. Übermäßiger LKW-Lärm, Dreck und penetrante Geruchsbelästigung stehen im Bochumer Norden und dem südlichen Herne wieder auf der Tagesordnung.

Ursache hierfür ist offensichtlich die Firma Kost, die an der Rensingstraße eine Großanlage zur Müllentsorgung und Aufbereitung unterhält.

Es werden der Müll der „Gelben Säcke" geschreddert, „Grünabfälle" gelagert, sowie Altholz, Bauschutt und Siedlungsabfälle verarbeitet. Kleinere Müllmengen werden oft lange zwischengelagert. Auch Hochofenschlacke soll bei Kost verarbeitet und entsorgt worden sein.

Dass die Riemker Anlage für Bochums BürgerInnen auch zu einer Gefahr werden kann, zeigte sich bei zwei Großbränden im letzten und vorletzten Jahr. „Hier muss was geschehen", fordert Andreas Maluga, Direktkandidat der Sozialen Liste in Riemke für den Bochumer Stadtrat. „Nach Protestversammlungen der AnwohnerInnen sind jetzt der Rat und die Aufsichtsbehörden am Drücker und müssen tätig werden", so Maluga.

(Direktkandidat der Sozialen Liste in Riemke für den Bochumer Stadtrat)

Fortsetzung Seite 1:

Kommunalwahl 2009

Die Veranstaltung wurde durch Musikbeiträge aufgelockert. Eine Bochumer Tageszeitung beendete ihren Zeitungsbericht wie folgt: „Ein abschließender Rat für die politisch interessierten Jugendlichen kam von Günter Gleising (Soziale Liste): Heute wurde euch eine Menge versprochen. Verfolgt genau, ob alles eingehalten wird." Weitere Diskussionsveranstaltungen, u. a. von der WAZ/Leserbeirat und der IG Metall (Seniorenausschuss) sind geplant.

Die Bochumer Ortsgruppe des Frauenverbandes Courage hatte Vertreter der Sozialen Liste eingeladen um ihre Arbeit und Politik vorzustellen. Den Schwerpunkt bildetete die Kommunalpoltik, die Helgard Althoff (Bezirksvertreterin Bochum Nord), Günter Gleising (Ratssprecher) und Christoph Nitsch (Vorsitzender) von ihren unterschiedlichen Arbeitsgebieten aus erläuterten. Viele Fragen, etwa zur Finanzkrise, Sparpolitik und den Einflußmöglichkeiten einer kleinen Oppositionsgruppe, wurden beantwortet. Der satirische Text zur Bochumer Kommunalpolitik „Denn sie wissen was sie tun" sorgte für den Abschluss eines gelungenen Abends.

Neben der lokalen Presse nehmen die örtlichen Stadtteilblätter von der Sozialen Liste Notiz. Eine kurze Vorstellung und ein Interview mit Jürgen Schade (Bezirksvertreter in Südwest) brachte kürzlich die Zeitung „Dialog Dahlhausen". Allerdings durften die Interviewfragen nicht mit Worten, sondern nur mit Mimik und Gesten per Bild beantwortet werden. Jürgen Schade meisterte die Aufgabe mit Akrobatik und Komik souverän.

Zu „Langendreerer Themen" befragte die „Dorfpostille" in ihrer Ausgabe Sommer 2009 die Parteien SPD, CDU, Grüne, FDP und Soziale Liste, die in der Bezirksvertretung Ost vertreten sind. Themen nach denen gefragt wurde waren der Ausbau der Straßenbahnlinie in Langendreer, das Kulturhauptstadtjahr 2010,der Stopp des Abrisses von Fachwerkhäusern und die bisherige und zukünftige Arbeit in Langendreer. Den kompletten Beitrag der Dorfpostille finden Sie unter www.bezirke.soziale-liste-bochum.de/Ost/Meldungen_2009/meldungen_2009.html.



Soziale Liste vor Ort: Nicht nur zu Wahlzeiten aber jetzt verstärkt, Infostände der Sozialen Liste in den Innenstädten von Bochum und Wattenscheid und den Stadtteilen.

SchülerInnen, Studis und Beschäftigte vereint:

Bildungsstreik – bundesweit!


Dr. Ulrich Schröder

Es war eine Sternstunde solidarischen Bildungsprotests: Erstmals seit 1997 gingen zwischen dem 15. und 20. Juni 2009 Studierende, SchülerInnen sowie im Bildungsbereich Beschäftigte wieder bundesweit gemeinsam gegen Bildungsdemontage und Sozialabbau auf die Straße. Waren es beim dezentralen Aktionstag am 17.6. in Bochum „nur" etwa 2.000 Demo-TeilnehmerInnen, die den Verkehr in der Innenstadt zeitweilig zum Erliegen brachten, um ein starkes Zeichen gegen Turbo-Abi, Schnellstudium und Hochschulgebühren zu setzen, wurden bundesweit an die 300.000 Menschen aktiv, um sich gegen eine völlig verfehlte 'Bildungs-' und 'Sozialpolitik' zu wehren.

Damit wandten sie sich gegen eine Politik, die diesen Namen schon lange nicht mehr verdient: Denn was ist das für eine 'Bildungspolitik', die demokratische Mitbestimmung an Schulen und Hochschulen systematisch aushebelt und öffentliche Bildungseinrichtungen zunehmend ökonomischen Zwängen unterwirft? Die einer als 'Kooperation Schule-Wirtschaft' getarnten Einwirkung von Unternehmensinteressen auf den Schulbereich Tür und Tor öffnet? Die durch die Einsetzung von undemokratisch aufgestellten, oftmals wirtschaftsdominierten Hochschulräten eine Ökonomisierung hochschulischer Bildung forciert? Die im Zeichen gestufter Schnellstudiengänge und durch den Kreditpunkteterror an Hochschulen samt strikter Anwesenheitspflicht in sämtlichen Veranstaltungen den Druck auf die Studierenden schier unerträglich macht? Was für die 'Sozialpolitik' auf Bundesebene spätestens seit Inkrafttreten der bislang letzten Stufe der Hartz-Gesetze gilt, kann für die 'Bildungspolitik' auf Landesebene seit der Einführung von „Studienkonten" 2003 und erst recht seit der Ermöglichung einer Erhebung allgemeiner Studiengebühren in Höhe von bis zu 1.000 Euro pro Jahr konstatiert werden: Mit – einer sozial gerechten – 'Bildungspolitik' hat dies alles längst nichts mehr zu tun!

Gemeinsamer Widerstand tut Not

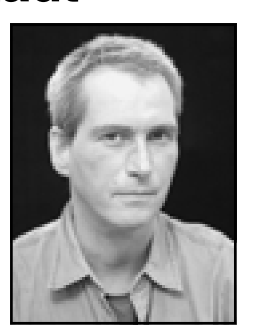
Während auf dem Höhepunkt der Bildungsproteste in NRW am 20. Juni ca. 6.000 DemoTeilnehmerInnen durch die Düsseldorfer Innenstadt zogen und ein Teil der Demonstration dafür sorgte, durch die stundenlange Blockade einer zentralen Kreuzung die Verkehrsströme in der Landeshauptstadt über Stunden teilweise lahmzulegen, gingen DemonstrantInnen in Rheinland-Pfalz noch einen Schritt weiter: So wurde während der Bildungsstreikwoche zeitweise das Abgeordnetenhaus des Mainzer Landtags besetzt.

Das wegweisende Fanal der Bildungsstreikwoche ist jedoch der gemeinsame Protest der Studierenden, SchülerInnen und Beschäftigten: Wenn dieser Weg konsequent fortgesetzt wird, können in NRW und bundesweit sicherlich noch größere Erfolge errungen werden als zuletzt in Hessen, wo Studiengebühren im vergangenen Jahr nach zweijährigem öffentlichem Druck samt wiederholter Autobahnbesetzungen auf parlamentarischem Wege abgeschafft wurden. Gemeinsam können wir noch viel mehr erreichen!

(Direktkandidat der Sozialen Liste in Querenburg für den Bochumer Stadtrat)

Brunnenplatz 1

Bürgerschaftliches Engagement in der Hustadt


Christoph Nitsch

Erfreuliche Entwicklungen gibt es zur Zeit aus dem Bochumer Süden zu vermelden.

Während meistens bei der Neugestaltung der Stadtteile die Mitwirkung der BürgerInnen eher unerwünscht ist oder dort, wo die AnwohnerInnen mal gefragt werden, es viel zu wenig Resonanz gibt, entwickelt sich zur Zeit in der Hustadt in Querenburg ein Projekt, bei dem städtische Planung und die Kreativität der dort ansässigen Menschen ineinander greifen.

Hier hat das Stadtumbaubüro Hustadt bereits im Vorfeld die Wünsche und Anregungen der AnwohnerInnen mit in die bedarfsorientierte Planung des Brunnenplatzes, eines Herzstücks der Hustadt, mit einfließen lassen, um dort ein neues kleines Zentrum des gesellschaftlichen Miteinanders zu schaffen.

Begleitet wird das Projekt von der renommierten Künstlerin Apolonija Sustersic, die in den kommenden Monaten einen Mehrzweckpavillion als „soziale Skulptur" am Brunnenplatz errichten wird, als Ort für kulturelle Veranstaltungen und sozialen Austausch.

Schon seit mehr als ein halben Jahr treffen sich engagierte QuerenburgerInnen als Initiative „Brunnenplatz 1", um gemeinsam mit Apolonija Sustersic und dem Stadtumbaubüro neue Formen der nachbarschaftlichen Solidarität zur Belebung der Hustadt zu diskutieren und zu entwickeln, sowie die bereits vorhandenen Strukturen zu nutzen.

Mit einem Flohmarkt der AnwohnerInnen, dem Angebot einer Fahradwerkstadt und anderen kleinen Aktionen, wie der Teilnahme am selbst organisierten Stadtteilfest „Multi Kulti" wurden bereits erste Erfolge erzielt.

Mittlerweile ist der sonntägliche Brunch, bei dem sich die Aktiven jede Woche ab 12 Uhr in der Zweigstelle der „Ifak" am Brunnenplatz treffen, zu einer festen Größe geworden. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, vorbeizukommen und sich an den weiteren Planungen zu beteiligen.

(Direktkandidat der Sozialen Liste in Steinkuhl für den Bochumer Stadtrat)

Wattenscheid:

Ausbau A 40: „Deckel drauf"

Nach wie vor ist der BürgerInnenprotest gegen den ungehemmten Ausbau der A 40 in Wattenscheid groß.

Gefordert wird, die Autobahn mit Lärmschutzwänden und einem Deckel (Einhausung) zu versehen. Die kürzlich vom Rat der Stadt Bochum in einer Resolution geforderte Einrichtung einer Lärm-Messstation an der A 40 hat die Siziale Liste zwar mitgetragen. „Eine Verwirklichung dieser Forderung dürfte allerdings am Widerstand der entsprechenden Ministerien in Berlin und Düsseldorf scheitern", ist Ratsmitglied Günter Gleising skeptisch.

Afghanistan:

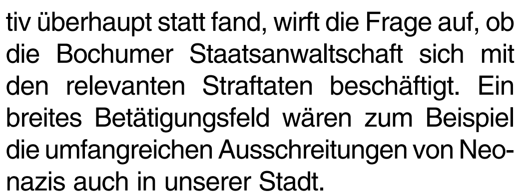
61% fordern Abzug

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben den deutschen Steuerzahler 2008 eine Milliarde Euro gekostet. Der Rückhalt in der deutschen Bevölkerung für diese Einsätze sinkt dagegen ständig. 61 % der Deutschen haben sich in einer Meinungsumfrage für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ausgesprochen. Die Mehrheit des Bundestages hat aber stattdessen eine Ausweitung des Bundeswehreinsatzes am Hindukusch beschlossen.

Soziale Liste zum Tortenprozess:

Kriminalisierungsversuch endete im Fiasko

„Es war offensichtlich ein Versuch der Staatsanwaltschaft Bochum zu testen, wie weit man in dem Versuch gehen kann, antifaschistische und demokratische Kräfte zu kriminalisieren.“



Der Versuch endete allerdings in einem Fiasko. Die breite Solidaritätsbewegung und die hohe mediale Aufmerksamkeit trugen wesentlich zum Freispruch bei.

Das dieser Prozess gegen den Redakteur von bo-alternativ überhaupt statt fand, wirft die Frage auf, ob die Bochumer Staatsanwaltschaft sich mit den relevanten Straftaten beschäftigt. Ein breites Betätigungsfeld wären zum Beispiel die umfangreichen Ausschreitungen von Neonazis auch in unserer Stadt.

Dumpiglöhne I:

Akquisiteure

Eine Bochumer Zeitarbeitsfirma sucht Akquisiteure. „Gerne“ sollen sich auch Studenten und ALG II-Empfänger bewerben. Rechnet man die angegebene Wochenarbeitszeit und den monatlichen Verdienst auf Stundenlohn um, kommt man auf 4,76 Euro pro Stunde.

Dumpinglöhne II:

SPD-Wahlhelfer

Für 4 Euro pro Stunde sucht die SPD Wahlhelfer (Praktikanten). Zusätzliche Bedingung ist ein „hohes Maß an Flexibilität“ und ein PKW-Führerschein.

Dumpinglöhne III:

Bundesagentur unterstützt Billigpost

Die Bundesagentur für Arbeit hat im Ruhrgebiet, auch in Bochum, ihre Briefzustellung an den Billiganbieter TNT vergeben. TNT bezahlt nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 9,80 Euro, sondern einen „Haustarif“ von 7,50 Euro. Mitbewerber, die den Mindestlohn zahlen, liegen mit ihren Angeboten deutlich über dem des niederländischen Postkonzerns TNT. Damit unterstützt eine Bundesbehörde ganz offen Dumpinglöhne, kritisierte die Gewerkschaft den Skandal.

Wachsende Armut und Billiglohnsektor:

5 Jahre Hartz IV

In den Jahren 2003 bis 2005 wurden die Agenda 2010 und die Hartz Gesetze I - IV geschaffen. Grundlagen hierfür waren u.a. das „Schröder-Blair-Papier“ von 1999 und das „Hartz-Konzept“ der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ der Schröder/Fischer Regierung, die im August 2002 ihren Bericht vorlegte.

Der „Umbau des Sozialstaates” wurde von der Koalition aus SPD und Grünen mit Unterstützung von CDU und FDP, sowie der Unternehmensverbände und Großkonzerne bewerkstelligt. In Wirklichkeit handelte es sich aber nicht um den Umbau sondern um einen groß angelegten Abbau von sozialen und demokratischen Rechten. Keines der verkündeten Ziele (Halbierung der Arbeitslosigkeit, Einsparung von Sozialausgaben etc.) wurde auch nur annähernd erreicht. Dafür wurde ein Billiglohnsektor (Ich-AG, Ein-Euro-Jobs, Mini-Jobs) geschaffen, die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung wurden geplündert und Leistungen drastisch gestrichen. Auch die Armut vergrößerte sich enorm. Ganze Bevölkerungsgruppen wurden und werden durch die Vermögensanrechnungen in die Armut gedrängt – Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst verbreiten sich.

In den letzten drei Jahren haben auch die Gewerkschaften und mehrere Wohlfahrtsverbände wieder eine kritischere Haltung zur Agenda 2010 eingenommen. Der DGB veröffentlichte vor wenigen Tagen eine Studie zu den „Ein-Euro-Jobs”, der Paritätische eine Aufsehen erregende Studie zur Entwicklung der Armut in Deutschland.


Montagsdemo

Mehrere Gerichtsurteile stellen wesentliche Teile der Agenda in Frage. So hat der Europäische Gerichtshof die Einschränkung des Kündigungsschutzes für über 52jährige mit EU-Recht (Diskriminierung) als unvereinbar erklärt. Die Bundesverfassungsgericht hat die mit Hartz IV eingeführten Argen für verfassungswidrig erklärt. Das Bundessozialgericht hält die Regelleistung für Kinder unter 14 Jahren für verfassungswidrig. Das Landessozialgericht Hessen hält die Hartz-IV-Regelsätze für nicht ausreichend, um das soziokulturelle Existenzminimum der Arbeitslosen zu sichern. Die Hartz-IV-Regelsätze kommen nun vor das Bundesverfassungsgericht. Auch die Grundlage der Arbeit der Argen ist verfassungswidrig.

Bis zum Jahr 2010 müssen auch die Argen aufgelöst werden und eine Neuorganisation erfolgen, die die Bedingungen des Bundesverfassungsgerichtes erfüllt.

Vor diesem Hintergrund ist der verstärkte Kampf gegen die Agenda 2010 wichtig und notwendig. Hartz IV muss weg!

Langendreer/Werne:

Wieder Müll an der Salweidenbecke


Michael Eichelberger

Über heftige Geruchs- und Lärmbelästigungen sowie hohen LKW-Verkehr beklagen sich AnwohnerInnen im Bereich der Heinrich-Gustav-Straße/Auf dem Holln/ Walzstraße.

Der hier bis 2005 bestehende Müllentsorgungsbetrieb Weber wurde nach Gerthe verlegt, ging aber kürzlich in Insolvenz.

Jetzt gründeten einige Mitglieder der Familie Weber die Firma „Weber Containerdienst GmbH in Gründung” und nahmen das alte Betriebsgelände im Bochumer Osten wieder in Betrieb. Etwa 200 Müll-Container sind wieder im Einsatz. Ob auch wieder Müll sortiert wird, konnten die Ordnungsbehörden bisher nicht feststellen. Der Zutritt zu den Hallen wurde den kontrollierenden Beamten vom neuen Weber-Geschäftsführer erst beim zweiten angekündigten Termin gestattet. Fest steht wohl, so berichtet eine Bochumer Tageszeitung „dass, das Geschäft momentan ohne behördlichen Segen läuft“. Die Soziale Liste Bochum setzt sich seit Jahren im Rat und in den Bezirksvertretungen sowohl gegen den Müll-Tourismus in Langendreer/Werne und in Gerthe ein und wird dies auch zukünftig tun.

(Direktkandidat der Sozialen Liste in Langendreer-West für den Bochumer Stadtrat)



Lobbyisten, Kapitalisten und willfährige Politiker: Die Macher der Hartz-Gesetze

- Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), heute Wirtschaftslobbyist (Gazprom)
- Bundesarbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, heute Mitglied im Aufsichtsrat von RWE-Power, des Zeitungsverlages DuMont, Schauberg u. a.
- Wirtschaftsberater der Schröder/Fischer-Regierung Bert Rürup, heute Sonderberater und Chefökonom des Finanzdienstleisters AWD

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt”, die das Hartz Konzept erarbeitete:

- Norbert Bensel, Mitglied des Vorstandes der DaimlerChrysler Services AG und der Deutschen Bahn AG
- Jobst Fiedler, Roland Berger Strategy Consultants
- Heinz Fischer, Abteilungsleiter Personal Deutsche Bank AG
- Peter Gasse, Bezirksleiter der IG Metall Nordrhein-Westfalen
- Peter Hartz, damals Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG
- Werner Jann, Universität Potsdam
- Peter Kraljic, Direktor der McKinsey & Company Düsseldorf
- Isolde Kunkel-Weber, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes
- Klaus Luft, Geschäftsführer der Market Access for Technology Services GmbH
- Harald Schartau, damaliger Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, heute Vorstand des Stahlkonzerns Georgsmarienhütte
- Wilhelm Schickler, Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen
- Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks
- Günther Schmid, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Wolfgang Tiefensee, damaliger Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, heute Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung
- Eggert Voscherau, Mitglied des Vorstandes der BASF AG


Gerhard Schröder   Harald Schartau   Peter Hartz   Wolfgang Clement   Wolfgang Tiefensee

SOZIALE LISTE BOCHUM

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden. Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten könnten. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der „Steuerreform“ immer weniger Steuern zahlen, weil sie gleichzeitig immer mehr Menschen arbeitslos machen.

Wir treten für ein lebens- und liebenswertes, ein menschliches und solidarisches Bochum ein. Konsequent und unbestechlich wollen wir den Interessen der kleinen Leute Gehör verschaffen.Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine Zuwendungen von Unternehmen oder reichen Mäzenen. Dennoch benötigen auch wir Geld, um unsere Positionen bekannt zu machen, um Flugblätter und Veranstaltungen zu finanzieren. Jede auch noch so kleine Spende ist willkommen:

Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G.,
BLZ 430 609 67, Konto-Nr. 400 891 69 00

Ich möchte...

❍ Informationen über die Soziale Liste Bochum bekommen.
❍ Einladungen zu den Veranstaltungen der Sozialen Liste Bochum.
❍ Mitglied werden.

Name: ____________________
Straße: ____________________
PLZ,Ort: ____________________
Tel.: ____________________

Ausschneiden, auf Postkarte kleben und an neben stehende Adresse schicken.

Herausgeberin:

Soziale Liste Bochum, Vorstand und Soziale Liste im Rat, Ratsgruppe
V.i.S.d.P.: Günter Gleising, Soziale Liste, Willy-Brandt-Platz 1-3, 44777 Bochum.
Druck: Rollenoffset-Druck Kiel GmbH, Kiel
E-Mail: SOZIALELISTEim Rat@bochum.de oder info@soziale-liste-bochum.de
Internet: www.soziale-liste-bochum.de
Telefon: 0234 - 910 10 47
Fax: 0234 - 910 10 48